

### **A3: Nein zur Initiative «für einen Service Citoyen»**

Antrag der Geschäftsleitung an die Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 14. November 2021 in Sissach (BL)

Der Verein "Service Citoyen" will eine Initiative zur Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für alle Schweizer\*innen lancieren. Die Initiant\*innen sind derzeit auf der Suche nach Unterstützung und haben sich auch an die JUSO Schweiz gewandt.

Die JUSO Schweiz reagiert negativ auf diese Forderung und lehnt die Initiative "für einen Service Citoyen" ab.

*Begründung: Die Initiative mag zwar auf den ersten Blick interessant erscheinen, hat aber viele Probleme:*

- *Die allgemeine Dienstpflicht untergräbt das ehrenamtliche Engagement: Die Initiative behauptet, dass das freiwillige Engagement derzeit zu gering sei. Im Jahr 2016 leisteten die Schweizer Bürger\*innen jedoch 664 Millionen Stunden an ehrenamtlicher Arbeit. Ein erzwungener Dienst würde dieses Engagement nicht wertschätzen. Im Gegenteil, es würde die Bevölkerung davon abhalten. Zudem wird in der Initiative nicht präzisiert, was als Milizdienst gelten könnte. Es ist sehr wahrscheinlich, dass das bürgerliche Parlament keine breite Definition umsetzen wird und z. B. politisches Engagement aus Milizdienst ausschliessen würde.*
- *Die Dienstpflicht fördert das Lohndumping: Im Jahr 2030 werden 80'000 Personen volljährig und müssen bei Annahme der Initiative einen Dienst leisten. Es würden also viel mehr junge Menschen in Bereichen wie der Sozialarbeit oder der Pflege eingesetzt werden, was den Druck auf die Löhne der in diesen Bereichen tätigen Personen erhöhen würde. Warum sollte man eine ausgebildete Person einstellen und sie angemessen bezahlen, wenn man sehr billige Arbeitskräfte einsetzen kann, die zur Arbeit gezwungen werden?*
- *Die Dienstpflicht stärkt die Armee: Die Initiative will Militärdienst und Milizdienst gleichstellen. Gleichzeitig will sie aber auch die Grösse der Armee sicherstellen. Damit wird der Mythos der Unterbesetzung der Armee genährt und ihr eine weitere Grundlage in der Verfassung gegeben. Ausserdem bedeutet diese Klausel auch, dass die Wahlfreiheit nur bedingt gewährleistet wird, und dass die Menschen gegebenenfalls zum Militärdienst gezwungen werden können.*
- *Die allgemeine Dienstpflicht ist kein Schritt zur Gleichstellung der Geschlechter: Mit der Annahme, dass Frauen keine gemeinnützige Arbeit leisten, nur weil sie nicht der Dienstpflicht unterliegen, geht die Initiative von einer völlig falschen Prämisse aus: Heute leisten Frauen die überwiegende Mehrheit der Betreuungsarbeit im Wert von 242 Milliarden Franken pro Jahr. Selbst wenn dies ignoriert würde, würde diese Initiative keinen Schritt in Richtung Gleichstellung machen. Es wäre ein Wettlauf gegen die Zeit - die richtige Lösung wäre die Abschaffung der Armee.*
- *Der Bürger\*innendienst verstösst gegen das Völkerrecht: Die Europäische Menschenrechtskonvention und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte verbieten Zwangsarbeit. Da es für den Bürger\*innendienst keine Ausnahmen gibt, würde er unter dieses Verbot fallen.*

*Aus diesen Gründen lehnt die JUSO Schweiz die Initiative "für einen service citoyen" ab.*

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen.